

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XIX/56

Bonn, den 20. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Ein gefährlicher Weg</u> Parteifinanzierung durch den Staat	54
2 - 3	<u>Späte und unbefriedigende Antwort</u> Getreidepreis im Kreuzfeuer der Europa-Politik Von Harry Bading, MdB	78
4 - 4a	<u>"Bildungsnotstand" in Zahlen</u> Abiturienten und Studenten Entwicklung und Vorausschätzung 1950 - 1980 Von Klaus Helffer	94
5 - 6	<u>BORBA folgt TASS-Vorbildern</u> Anrempelung der Bundesrepublik Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	63
6	<u>Glosse:</u> <u>Weidisch - auf was ?</u>	28

Chefredakteur Günter Markscheffel

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170
Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: (2 18 31 / 32) • Telex: 8 886 890

Ein gefährlicher Weg

Parteifinanzierung durch den Staat

sp - Es verdient festgehalten zu werden: die Sozialdemokraten bedauern aus wohlervogenen Gründen die Entscheidung der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP, die Mittel, die den Parteien aus dem Bundeshaushalt zufließen, auf 38 Millionen DM zu erhöhen; im Vergleich zu den bisherigen Beträgen fast eine Verdoppelung. CDU/CSU und FDP haben den bequemsten Weg gewählt, um ihre Finanzmisere zu beheben, indem sie zur Staatskasse griffen. Beide Parteien sind schwach an Mitgliedern, können aus eigener Kraft und Substanz nicht existieren.

Ein Großteil der Gelder, mit denen sie ihren organisatorischen Apparat finanzieren, kam schon früher von ausserhalb; die Kapitäne der Wirtschaft mußten besonders zu Wahlzeiten tief in die Taschen greifen. Inwieweit damit politische Auflagen verbunden waren, etwa die Nominierung bestimmter, den Geldgebern angenehmer und verpflichteter Kandidaten, für den Bundestag oder Festlegungen für die Gesetzgebung, wird wohl nie ganz zu klären sein. Gelegentlich zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangte Rundschreiben von Interessentengruppen ließen manchen tiefen Einblick über die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Koalitionsparteien erkennen. Man kann verstehen, daß diese besondere Form von Abhängigkeit den unabhängigen Geistern innerhalb der CDU/CSU und der FDP schon lange ein Stein des Anstoßes war.

Den anderen, nun gewählten Ausweg, die Interessenten durch den Staat zu ersetzen, ist voller Gefahren, statt den Staat als unabhängiges Gebilde zu tragen, wollen sich jetzt FDP und CDU/CSU vom Staat erhalten lassen, das heißt, sich noch mehr finanzieren lassen. Sie verfahren dabei in recht großzügiger Weise. Wie verträgt sich das eigentlich mit den Maßhaltappellen des Bundeskanzlers?

Die CDU/CSU hat die Absicht, aus einem Wahlverein eine moderne Mitgliederpartei zu werden. Für sie ist das eine Existenzfrage. Der innerparteiliche Aufbau war von Beginn an vernachlässigt worden; die Führer dieser Partei glaubten, es genüge der Glanz eines bestimmter Namens, um Wähler und Mitglieder bei der Stange zu halten. Diesen Irrtum zu berichtigen, gibt sich Herr Dufhues, geschäftsführender Vorsitzender der CDU, jetzt große Mühe. Seine Hoffnung setzt er in einen gut funktionierenden Apparat. Dieser kostet Geld. Der unterentwickelte Idealismus der 200 000 CDU-Mitglieder reicht als Finanzierungsquelle bei weitem nicht aus. Also muß das Geld des Steuerzahlers dafür herhalten. Hier geht es nicht einmal um die Höhe des Betrages, hier geht es um ein Prinzip: Parteien, die nicht aus sich selbst heraus existieren und ihren Grundgesetz-Auftrag nicht erfüllen können, nämlich zur politischen Willensbildung des Volkes beizutragen, sondern dazu der Krückenhilfe des Staates bedürfen, stehen auf einem schwachen Fundament.

Auf diese Weise erweckt man nicht, wie der Schatzmeister der SPD, Alfred Nau, dazu bemerkte, das Interesse der Staatsbürger an der Politik. Im Gegenteil, man erweckt in ihnen Verdrossenheit und Unlust. Haben das die Koalitionsparteien bedacht? Sicherlich nicht; vielleicht ist ihnen dies sogar gleichgültig. Sie legten damit ein Eingeständnis ihrer Schwäche ab. Die neuen Millionen mögen ihnen als Blutzufuhr hochwillkommen sein, doch sie ersetzen in keiner Weise das, was eine demokratische Partei auszeichnet, wegweisend zum politischen Kraftstrom macht: geistige Beweglichkeit, Selbstverständnis, erarbeitete, als Richtschnur politischen Handelns dienende Leitbilder, finanzielle Unabhängigkeit. Dieses Privileg genießt eigentlich nur die Sozialdemokratie. Ihre Konkurrenten hinken da weit nach, sie brauchen Stützen, um einigermäßen bestehen zu können.

Späte und unbefriedigende Antwort

Getreidepreis im Kreuzfeuer der Europa-Politik

Von Harry Bading, MdB

Es ist eigenartig, wenn eine Regierung eine Große Anfrage der sie tragenden Parteien beantworten muß. Gewiß, die Entscheidung über einen einheitlichen Getreidepreis im EWG-Bereich ist nicht leicht zu treffen; aber sie ist notwendig. Sie muß getroffen werden wegen Europa und auch wegen der deutschen Landwirtschaft. Es geht nicht an, daß man, dem Beispiel de Gaulles folgend, nationale Interessen, mögen sie auch berechtigt erscheinen, einfach vor das gemeinsame Interesse Europas stellt. Es geht auch nicht an, einen so wichtigen Wirtschaftszweig wie die Landwirtschaft wochenlang im Unklaren zu lassen über die künftige Preispolitik.

Anfang Februar 1964 haben die beiden Regierungsparteien, und zwar diesmal geführt von der FDP, eine Große Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, in der sie Auskunft darüber haben wollten, welchen Kurs die Bundesregierung hinsichtlich der Vereinheitlichung der Preise einschlagen will. Die Beantwortung dieser Anfrage kam der Bundesregierung ausserordentlich ungelegen.

- * Wochenlang weigerte sie sich, eine Antwort zu geben, weil
- * der Bundeskanzler sowohl bei seinen Auslandsbesuchen als
- * auch die Bundesvertreter in Brüssel immer wieder erklärten,
- * sie seien bereit, zu einer Einigung mit den anderen EWG-
- * Partnern zu kommen. Unter dem Druck der agrarpolitischen
- * Vertreter in den Koalitionsparteien hat sich die Regierung
- * jetzt bereitgefunden, wenigstens kurz die Anfrage zu be-
- * antworten.

Der Bundeskanzler erklärte in einigen Sätzen, daß für die Jahre 1964 und 1965 keine Getreidepreissenkung infrage käme; er sehe sich auch nicht in der Lage, für spätere Jahre einen Zeitpunkt anzugeben; unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen die Bundesregierung dann bereit wäre, zu Vereinbarungen zu kommen.

Nun ist alles mögliche aus dieser Kanzler-Erklärung herauszulesen. Fest steht, daß sich die Bundesregierung für die Jahre 1964 und 1965 nicht bereiterklären wird, einer Preisermässigung zuzustimmen. Alle Parteien sind sich darüber einig, daß es erst ab 1966 zu einer Preisangleichung kommen kann.

Obwohl der Vertrag bereits 1957 abgeschlossen wurde, war die Taktik der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien stets darauf gerichtet, möglichst Verzögerungen herbeizuführen. Man hätte schon bei Abschluß des Vertrages, als man wußte, daß eine Preisangleichung durchgeführt werden muß, mit der Vorbereitung der deutschen Landwirtschaft auf die künftige Situation beginnen müssen.

Dann brauchte man jetzt nicht dem Vorschlag der Kommission in Brüssel, die selbstverständlich bestrebt ist, eine dynamische Entwicklung des Zusammenschlusses der sechs EWG-Staaten herbeizuführen, bereits für die Jahre 1964 und 1965 eine Preisangleichung vorzunehmen, abzulehnen.

Diese Chance ist durch Schuld der Bundesregierung verpaßt worden. Aber auch eine Hinauszögerung der Preisangleichung über 1966 hinaus - wie es die Agrarpolitiker der Bundesregierung wünschen, nämlich bis zum Jahre 1970 - ist eine schlechte Sache, auch für die deutsche Landwirtschaft. Bekanntlich wird im Ministerrat ab 1. Januar 1966 ein Beschluß gefaßt werden, der nicht mehr einstimmig ist, sondern durch eine qualifizierte Mehrheit zustande kommt. Da sich in den meisten Angelegenheiten eine Mehrheit finden wird, die nicht die Interessen der deutschen Landwirtschaft in erster Linie sieht, sondern die Interessen der Landwirtschaft der übrigen EWG-Länder, kann man sich vorstellen, daß eine Entscheidung nach 1966 sich nicht zum Nutzen der deutschen Landwirtschaft auswirken wird. Die Situation der Bundesregierung wird nach 1966 also bedeutend schwieriger sein.

Deshalb wäre es gut, wenn schon jetzt ein gemeinsamer Beschluß zustande käme, der dann erst für das Jahr nach 1966 zur Ausführung kommt, und zwar im Interesse der deutschen Landwirtschaft.

- * Daß eine so wichtige Entscheidung von den Regierungs-
- * parteien aus durchsichtigen Gründen auf die lange Bank
- * geschoben wird, ist bedauerlich. Im nächsten Jahr finden
- * die Bundestagswahlen statt und deswegen weicht man der
- * Entscheidung aus, weil die Regierungsparteien fürchten,
- * bestimmte Wählerschichten zu vergräuen.

Eine solche Taktik liegt aber weder im Interesse Europas, noch der deutschen Bauern, gerade sie haben ein Recht darauf zu wissen, wie ihre Situation in der Zukunft sein wird. Das ständige Ausweichen vor Schwierigkeiten ist schlecht. Nicht mit taktischen Manövern, nicht mit Deklamationen, sondern durch richtige Entscheidungen, durch taskräftige Arbeit und Unterstützung der Landwirtschaft kann man zu einer vernünftigen Agrarpolitik kommen. Eine moderne und richtige Agrarpolitik muß rechtzeitig in die Notwendigkeiten der allgemeinen Politik eingepaßt werden, da nur auf diese Weise für die Landwirtschaft, und damit für die Gesamtwirtschaft, im nationalen und europäischen Raum gesunde Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden können.

Denn bräuhete man jetzt nicht der Vorschlag der Kommission in Erüsel, die selbstverständlich bestrebt ist, eine dynamische Entwicklung des Zusammenschlusses der sechs EWG-Staaten herbeizuföhren, bereits für die Jahre 1964 und 1965 eine Preisangleichung vorzunehmen, abzu-
lehnen.

Diese Chance ist durch Schuld der Bundesregierung verpaßt worden. Aber auch eine Hinauszögerung der Preisangleichung über 1966 hinaus - wie es die Argarpolitiker der Bundesregierung wünschen, nämlich bis zum Jahre 1970 - ist eine schlechte Sache, auch für die deutsche Landwirtschaft. Bekanntlich wird im Ministerrat ab 1. Januar 1966 ein Beschluß gefaßt werden, der nicht mehr einstimmig ist, sondern durch eine qualifizierte Mehrheit zustande kommt. Da sich in den meisten Angelegenheiten eine Mehrheit finden wird, die nicht die Interessen der deutschen Landwirtschaft in erster Linie sieht, sondern die Interessen der Landwirtschaft der übrigen EWG-Länder, kann man sich vorstellen, daß eine Entscheidung nach 1966 sich nicht zum Nutzen der deutschen Landwirtschaft auswirken wird. Die Situation der Bundesregierung wird nach 1966 also bedeutend schwieriger sein.

Deshalb wäre es gut, wenn schon jetzt ein gemeinsamer Beschluß zustande käme, der dann erst für das Jahr nach 1966 zur Ausführung kommt, und zwar im Interesse der deutschen Landwirtschaft.

- * Daß eine so wichtige Entscheidung von den Regierungs-
- * parteien aus durchsichtigen Gründen auf die lange Bank
- * geschoben wird, ist bedauerlich. Im nächsten Jahr finden
- * die Bundestagswahlen statt und deswegen weicht man der
- * Entscheidung aus, weil die Regierungsparteien fürchten,
- * bestimmte Wählerschichten zu vergrämen.

Eine solche Taktik liegt aber weder im Interesse Europas, noch der deutschen Bauern, Gerade sie haben ein Recht darauf zu wissen, wie ihre Situation in der Zukunft sein wird. Das ständige Ausweichen vor Schwierigkeiten ist schlecht. Nicht mit taktischen Kanövern, nicht mit Deklamationen, sondern durch richtige Entscheidungen, durch tatkräftige Arbeit und Unterstützung der Landwirtschaft kann man zu einer vernünftigen Agrarpolitik kommen. Eine moderne und richtige Argarpolitik muß rechtzeitig in die Notwendigkeiten der allgemeinen Politik eingepaßt werden, da nur auf diese Weise für die Landwirtschaft, und damit für die Gesamtwirtschaft, im nationalen und europäischen Raum gesunde Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden können.

"Bildungsnotstand" in Zahlen

Abiturienten und Studenten

Entwicklung und Vorausschätzung 1950 - 1980

Von Klaus Helfer

Wie sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des europäischen Raumes in den nächsten Jahren auch im einzelnen gestalten mag - sie liegt in den Grundzügen bereits heute fest und berechtigt auf entscheidenden Gebieten keineswegs zu Optimismus. Das gilt in erster Linie für das Potential qualifizierter Arbeitskräfte, das in der nahen und weiteren Zukunft dem gemeinsamen Wirtschaftsbereich zur Verfügung stehen wird. Der im EWG-Vertrag vorgesehenen Liberalisierung des Arbeitsmarktes liegt, wie auch der Zollunion, die Idee zugrunde, daß sich die besten Kräfte ungehindert durch europäische Grenzen in fairer Konkurrenz durchsetzen und damit ein Optimum der gemeinsamen Produktivität erzielen sollen. Es liegt auf der Hand, daß das gegenwärtig noch mit politischen Mitteln aufrechterhaltene Gleichgewicht der drei großen EWG-Partner Deutschland, Italien und Frankreich dann wesentlich von der Konkurrenzfähigkeit sowohl der nationalen Wirtschaften als auch ihrer Arbeitskräfte abhängen wird.

Die Bundesrepublik und Italien werden im Jahre 1972 je 31 Prozent, Frankreich etwa 26 Prozent des "manpower"-Potentials der Gemeinschaft stellen. Es ist jedoch vorauszusehen, daß die Franzosen zu diesem Zeitpunkt mindestens den doppelten Anteil an der Besetzung qualifizierter Funktionen haben und dabei in großer Zahl als Führungskräfte von der deutschen und italienischen Wirtschaft und Industrie "importiert" werden müssen.

Eine Vorausberechnung des Wissenschaftsrates

Vor diesem Hintergrund gewinnt die am Donnerstag dieser Woche vom Wissenschaftsrat der Öffentlichkeit vorgelegte Berechnung der künftigen Entwicklung des deutschen Hochschulnachwuchses staatspolitische Bedeutung. Die für den Zeitraum bis 1977 berechneten und bis 1980 vorausgeschätzten Zahlen der Abiturienten und Studenten in der Bundesrepublik lassen keinen Zweifel daran, daß das Wort vom "Bildungsnotstand" sehr ernst genommen werden muß. Dieser Notstand wird uns nicht nur innenpolitisch, sondern auch aussenpolitisch zu schaffen machen, was im Hinblick auf die einleitende Überlegung schlagartig durch die Tatsache erhellt wird, daß im Jahre 1970 nur etwa 50 000 deutsche, aber 150 000 französische Abiturienten die höheren Schulen beider Länder verlassen.

Die Studentenzahlen sinken !

Natürlich war diese Feststellung nicht die Aufgabe der vom Wissenschaftsrat mit den Nachwuchsberechnungen beauftragten Statistiker. Sie sollten die für den weiteren Ausbau unserer Hochschulen benötigten Planungsunterlagen, d.h. die Zahl der für die nächsten Jahre zu erwartenden Studierenden, berechnen. Das Ergebnis ist niederschmetternd: Die bereits jetzt weit unter den Werten vergleichbarer Länder liegende Zahl deutscher Studenten wird von 1965 bis 1970 unter dem Einfluß der geburtschwachen Nachkriegsjahrgänge ständig absinken und danach im langsamen Aufstieg erst 1980 wieder den gegenwärtigen Stand erreichen. Das bedeutet für die bisher hinter den ständig steigenden Studentenzahlen herhinkenden Hochschulplanungen eine Art "Atempause", die natürlich genutzt werden sollte. Daß sie nicht als "Normalisierung" betrachtet

werden darf, wird aus dem bereits Gesagten deutlich, daß sie von den Statistikern des Wissenschaftsrates selbst nicht so gesehen würde, macht ihr Zahlenwerk zu bildungspolitischem Dynamit.

Was muß getan werden?

Die Statistiker des Wissenschaftsrates haben es nicht bei der Berechnung der von der derzeitigen Verfassung unseres Bildungswesens zu erwartenden künftigen "Abiturienten-Produktion" bewenden lassen. Sie haben sich Gedanken darüber gemacht, wie sich der Abiturienten-Ausstoß bis 1970 entwickeln werde, wenn sich gewisse Annahmen verwirklichen ließen.

Dabei benutzen sie zwei Ansatzpunkte: Einmal fanden sie, daß der Anteil derjenigen Jungen und Mädchen an ihrem Altersjahrgang, der sich im 7. Schuljahr in der Quarta eines Gymnasiums befindet, mit zuletzt 18,5 bzw. 13,6 Prozent wesentlich unter den entsprechenden Relationen vergleichbarer Länder liegt und auf irgendeine Weise gesteigert werden müsse; zum anderen hielten sie es für wünschenswert, die Zahl derjenigen unter ihnen, die nach sieben Jahren Gymnasialbesuch zum Abitur kommen, von jetzt 46 bzw. 36 Prozent (bei den Mädchen) zu vergrößern.

Daß beides durchaus möglich ist, beweisen die für die einzelnen Bundesländer errechneten Relationen, die erheblich um die hier angegebenen Bundesdurchschnittswerte für 1962 streuen. Die Annahme, daß sich sowohl die Quartanerquoten an den entsprechenden Geburtsjahrgängen als auch die Erfolgsquoten der Gymnasien auf das Niveau der in dieser Hinsicht jeweils fortgeschrittensten Ländern einpendeln würden, impliziert ein schulpolitisches Programm, dessen Verwirklichung von einigen Ländern ungeheure Anstrengungen verlangt.

Aber selbst unter diesen Annahmen wird sich der Anteil der Abiturienten an der gleichaltrigen Bevölkerung bis 1970 günstigstenfalls von jetzt 6,8 auf 7,4 Prozent steigern lassen, was im Hinblick auf die Planziele für Frankreich (19 Prozent), Großbritannien (9 Prozent), Niederlande (9 Prozent) und Schweden (22 Prozent) recht bescheiden ausfällt.

Wenn man mit diesen Ländern in abschbarer Zukunft gleichziehen will, gilt es andere bisher von den Gymnasien nicht erfaßte Reserven zu erschließen und das Monopol der Gymnasien auf die Vermittlung des Hochschulzuganges zu brechen.

Das sieht auch der Wissenschaftsrat, wenn er in dieser Denkschrift feststellt: "Möglicherweise wird künftig gerade dem zweiten Bildungsweg eine wesentlich größere Bedeutung als heute zukommen und sich die Anzahl der aus diesem Kreis in die Hochschule eintretenden Studenten vergrößern". - Das wiederum ist angesichts der gegenwärtigen Lage - die Zahl der Nicht-Gymnasiasten unter den Hochschulzugängern ist bisher so gering, daß sie in der vorliegenden Berechnung gar nicht berücksichtigt wurde - entweder eine Utopie oder das Programm einer bildungspolitischen Revolution.

Wir sind überzeugt, daß in der nun beginnenden Diskussion auch Stimmen laut werden, die dem Wissenschaftsrat die Kompetenz absprechen, auf diese Weise in die schulpolitischen Geheimnisse der Länder einzubrechen und z.B. bisher streng geheime Zahlen zu veröffentlichen. Wir halten diese "Grenzüberschreitung" für legitim im Sinne des gestellten Auftrages und begrüßen sie deshalb, weil sie die jeder bildungspolitischen Therapie vorhergehende Diagnose unseres Bildungsnotstandes einen großen Schritt weitergeführt hat.

BORBA folgt TASS-Vorbildern

Anrempelung der Bundesrepublik

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Konzentrierte sich die deutsch-jugoslawische Auseinandersetzung der letzten Monate auf einige wenige konkrete Probleme, wie die Wiedergutmachungszahlungen für jugoslawische Opfer des nationalsozialistischen Terrors, das Wirken der antijugoslawischen Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik und handelspolitische Fragen, so hat in diesen Tagen die Polemik generell auf die deutsche Politik übergegriffen. Nach fünfzigem Abwarten entschloß sich die Belgrader Parteizeitung BORBA kommentarlos die antideutsche Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS nachzudrucken. Daran wäre nichts ausserordentliches, hätte nicht in derselben Ausgabe des Blattes ein Leitartikel unter dem wohlklingenden Titel "Die Dämmerung einer Ersatz-Doktrin" seinen Lesern nur allzu augenfällig klargemacht, von wem sein Leitartikel inspiriert gewesen ist. Nicht nur das Hauptthema des Beitrages, die Auseinandersetzung mit der Hallstein-Doktrin, sondern viele andere Einzelheiten deckten sich haargenau mit den im TASS-Text vertretenen Ansichten.

Die Hauptanklage der BORBA gegen die auf der Hallstein-Doktrin basierenden deutschen Aussenpolitik ist, daß sie in "revanchistisch-erpresserischer Weise" die Entscheidungsfreiheit anderer Staaten zu beeinträchtigen suche, die "DDR" als zweiten deutschen Staat völkerrechtlich anzuerkennen. Der unmittelbare Anlaß des von Fehlern, Unterstellungen und Unterlassungen nicht freien Beitrages ist die Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe für Ceylon und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sansibar. Wie im TASS-Text wird dabei mit der "elastischeren" Regierung Erhards scharf ins Gericht gegangen. Selbst Nichtmarxisten mochten sich dabei ob der an Zeiten des "Persönlichkeitskultes" gemahnen Erwartung wundern, ein Mann könnte die gesamte Politik seines Landes so grundsätzlich ändern.

Die harte Argumentation gegen die These von der alleinigen völkerrechtlichen Legalität der Bundesrepublik, die die Hallstein-Doktrin verkörpert, mutet um so sonderbarer an, als diese nach Ansicht des Blattes ja ohnehin bereits zum sicheren Absterben verurteilt sein soll. Wenn dies so sicher ist, wozu dann die vielen Worte, fragten sich viele Belgrader Diplomaten. Das betonte BORBA-Engagement nach bewährtem TASS-Vorbild läßt eher annehmen, daß der andauernde Mißerfolg der "DDR" nicht nur in Ost-Berlin und Moskau, sondern auch anderswo manchen Politikern große Sorgen bereitet. Ob das offizielle Belgrad schon heute propagandistisch den Boden für das Begräbnis der Hallstein-Doktrin auf der kommenden zweiten Konferenz der blockfreien Länder bestellen will, wird sorgfältig zu beobachten sein.

Nur aus "bilateraler" Verstimmung heraus läßt sich das Aufgreifen dieses generellen Themas deutscher Politik eigentlich nicht erklären. Selbst dann nicht, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß eben mit dieser Hallstein-Doktrin die Ablehnung der Belgrader Wünsche auf

Wiedergutmachungszahlungen seitens Bonn motiviert wird. Zumindest in politischen Kreisen der jugoslawischen Hauptstadt hat man bisher nicht die Meinung gehört, daß mittels einer umfassenden internationalen Aufwertung der "DDR", also der definitiven Durchsetzung der Zwei-Staaten-Theorie wie sie TASS sich herbeisehnt, die Bohrer Bereitschaft zur Lösung der offenen deutsch-jugoslawischen Probleme sich erhöhen könnte. Meine einseitige Polemik, die der deutschen Politik alles mögliche und unmögliche ankreidet, dabei jedoch die in das "revanchistisch-erpresserische Konzept" nicht so recht hineinpassende erste Normalisierung des westdeutschen Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten in Form von Handelsmissionen mit keinem Wort erwähnt, dürfte im gegenwärtigen Moment an allerwenigstens jenen Kräften in der Bundesrepublik helfen, die einer weiteren Normalisierung der Beziehungen zu Osteuropa - und damit auch zu Jugoslawien - das Wort reden.

+ + +

Glosse:

Neidisch auf was ?

K.S. - Der geschäftsführende CDU-Vorsitzende Dufhues meinte kürzlich, die SPD sei "neidisch auf die CDU", wie sie sich in Hannover präsentiert habe. Auf was sollte man neidisch sein?

Auf den Parteivorsitzenden Dr. Adenauer, der so redet, als hätte er als längsjähriger Regierungschef nicht schon längst verwirklichen können, was er jetzt verspricht ?

Auf eine CDU, die "mit den bewährten Methoden" eines Franz-Josef Strauß Wahlkampf führen will ?

Auf den Bundeskanzler Erhard, der preisend viele schöne Reden vom Stapel läßt, doch das Regieren noch beweisen muß ?

Auf den Arbeitsminister Blank, der mit seinen sozialpolitischen Gesetzentwürfen wiederholt gescheitert ist und der nach Ach und Krach gerade noch die Hürde in Hannover nahm ?

Auf den geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues, der eine Partei anführt, die sich immer mehr vom Staat finanziell aushalten lassen will, weil die Mitglieder der CDU ihrer eigenen Partei das materielle Opfer versagen ?

Auf den zerstrittenen Kreis innerhalb der CDU/CSU, die "Gaullisten", dort "Atlantiker" ?

Auf die CDU, die programmlos ihr politisches Geschäft betreibt und vom politischen Gedankengut der SPD profitieren will ?

Auf die Bundesregierung und die CDU/CSU, die unsere Landwirte an der Nase herumführen ?

Auf die Bundesregierung und die CDU/CSU, die einen Bundeshaushalt 1964 zusammenbasteln, der in seinen Ausgleichsmanipulationen alles überbietet, was bisher geboten wurde ?

Auf die Bundesregierung und die CDU/CSU, die sich als unfähig erweisen, dem deutschen Volke konkrete Zukunftsaufgaben darzustellen ?

Auf soetwas soll die SPD neidisch sein ?

Dafür ist kein Anlaß gegeben !

+ + +